

stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Somit ist auch dieser **Überweisungsempfehlung zugestimmt** worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## 2 Umwelt-Schecks – für mehr Natur in Nordrhein-Westfalen – Bestehendes Ehrenamt stärken

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/963

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1062

Ich eröffne die Aussprache und rufe dazu die Kollegin Bianca Winkelmann für die Fraktion der CDU auf.

**Bianca Winkelmann (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Dorfladen, Vereinschronik oder Brauchtumsveranstaltung – ich bin mir ganz, ganz sicher, dass jeder bei sich im Wahlkreis mindestens eine Handvoll Projekte vorfinden dürfte, die in den vergangenen Jahren von der NRW-Heimatsförderung profitiert haben. Insbesondere der Heimat-Scheck ist dabei ein echter Renner, unterstützt er doch ganz unbürokratisch und konkret mit 2.000 Euro solche Projekte, für die es sonst vielleicht keine Mittel gäbe. Wer sich anschaut, was alles unterstützt wurde, sieht einmal mehr: Heimat ist vielfältig.

Für uns als Zukunftscoalition gehört zu einer intakten Heimat auch eine intakte Umwelt. Deshalb wollen wir die Erfolgsgeschichte der NRW-Heimatsförderung fortschreiben. CDU und Grüne setzen sich für einen Umwelt-Scheck ein, der lokale Ideengeber dabei unterstützt, die Umwelt zu schützen und die Artenvielfalt zu stärken: niedrigschwellig in der Beantragung und unbürokratisch in der Ausgestaltung.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion sehr dankbar, dass wir diese Idee, dass wir dieses Projekt jetzt gemeinsam an den Start bringen können. Ich nehme es gleich vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP: Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Idee für ein Mehr an Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen ebenfalls unterstützen würden.

Uns geht es mit den Umwelt-Schecks darum, die Natur überall in unserem Land zu stärken, aber auch das Ehrenamt zu fördern. Jeder von uns kennt doch die vielen schönen Beispiele von Vereinen oder Bildungseinrichtungen, die Insektenhotels bauen, Blühwiesen einsäen, neue Hecken pflanzen oder Bürger-

wälder anlegen. Die Ideen sind vielfältig, scheitern aber viel zu oft an der Finanzierung. Genau das wollen wir ändern. Was für den Landeshaushalt eine vergleichbar kleine Summe ist, kann lokal eine große Hilfe sein. Ich freue mich jetzt schon darauf, zu sehen und zu erleben, welche kreativen Ideen künftig durch den Umwelt-Scheck Realität werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz unserer Natur, ein Mehr an Biodiversität und die Bewahrung unserer Schöpfung sind CDU und Grünen ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

So wollen wir unter anderem den Etat für den Naturschutz verdoppeln, die Aufforstung unserer Wälder weiter voranbringen und den Flächenverbrauch reduzieren.

Vor uns liegen große Aufgaben. Das Gelingen hängt nicht zuletzt davon ab, dass auf allen Ebenen mitgespielt wird, dass alle Ebenen mitspielen können, denn Umwelt- und Artenschutz beginnt auch vor der eigenen Haustür mit Nistkästen, Obstbaumwiesen, Tiny-Forests, Hecken- und Blühwiesen. Die Möglichkeiten sind vielfältig.

Ein afrikanisches Sprichwort lautet:

„Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.“

Genauso ist es. Genau das wollen wir unterstützen. Wir möchten denen, die im Bereich Umwelt- und Naturschutz mehr leisten wollen, ein verlässlicher Partner sein. Der Umwelt-Scheck ist dazu ein ideales Instrument.

Lassen Sie uns guten Ideen einen An Schub geben. Die Umwelt, unser aller Lebensraum, wird es uns danken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Dr. Volkhard Wille das Wort. Es ist seine erste Rede in diesem Hohen Hause.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Dr. Volkhard Wille (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Global denken und lokal handeln – das ist ein Grundprinzip und Motto des Natur- und Umweltschutzes.

Die globalen Umweltprobleme wie der Verlust der Artenvielfalt und Biodiversität beginnen auch vor der eigenen Haustür. Durch den Verlust von Bäumen in den Dörfern und Städten sind zum Beispiel Nisthöhlen für Fledermäuse und Vögel verschwunden. Die übertriebene Pflege von Grünflächen raubt Schmet-

terlingen und Insekten die notwendigen Nahrungspflanzen. Durch das Zuschütten von Kleingewässern und Tümpeln haben Frösche und Libellen Lebensraum verloren.

In der freien Landschaft ist durch die allgemeine Nutzungsintensivierung ein großer Teil der typischen Arten zurückgegangen oder ausgestorben. Die Versiegelung großer Flächen schädigt das Kleinklima und zerstört die Artenvielfalt. Steingärten sind dabei nur ein besonders drastisches Beispiel. Deshalb fängt auch jede Lösung dieser Probleme vor der eigenen Haustür an: durch die Wiederherstellung von insektenfreundlichen Grünflächen, Baumalleen und Hecken, die Anlage von Kleingewässern und Tümpeln oder den Bau von Nistkästen für Vögel und Fledermäuse.

Naturschutz wird zu einem besonders großen Anteil durch ehrenamtliches Engagement sowie freiwillige Eigeninitiative getragen. Allerdings haben nur wenige ehrenamtlich Engagierte die Zeit und die Lust, sich durch die klassischen Förderprogramme durchzuarbeiten, die eigentlich für andere Zielgruppen und größere Projekte gedacht und deren Anforderungen sehr komplex sind. Die Menschen wollen praktisch arbeiten und etwas bewegen und keine Formulare ausfüllen.

Daher wollen wir mit dem neuen Angebot der Umwelt-Schecks umweltbewussten Bürgerinnen und Bürgern, ehrenamtlich arbeitenden Vereinen und Initiativen ein Unterstützungsangebot machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit unbürokratisch finanzieller Unterstützung können zukünftig ehrenamtlich engagierte Menschen einfacher ihre Projekte und Maßnahmen für Artenschutz und Biodiversität durchführen. In einem vereinfachten Verfahren sollen Förderbeträge bis zu 2.000 Euro vergeben werden, und ein vereinfachter Verwendungsnachweis soll ausreichen. Damit können dann notwendige Maßnahmen und Gerätschaften angeschafft und Sachkosten abgedeckt werden.

Die vielen kleinen Maßnahmen ersetzen nicht die notwendigen großen Projekte des Staates, der Umweltverbände und Unternehmen.

(Beifall von Christina Osei [GRÜNE])

Aber sie flankieren und unterstützen diese und leisten einen ganz wichtigen Beitrag für Naturverständnis, Umweltbildung und Akzeptanz.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit dieser Wertschätzung wollen wir motivieren, damit Begeisterung für die gute Sache des Naturschutzes entsteht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Kollege Wille. Meinen herzlichen Glückwunsch für Ihre erste Rede!

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege René Schneider das Wort.

**René Schneider (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Statt in Zukunftsprojekte zu investieren, verteilt die Landesregierung das Geld lieber mit der Gießkanne in Form von Heimat-Schecks. – Das sage nicht ich, sondern zu diesem Ergebnis kam die Fraktionsvorsitzende der Grünen Monika Düker im Oktober 2019 genau an dieser Stelle. Drei Jahre später klingt das im vorliegenden Antrag, den die Grünen mit unterschrieben haben, ganz anders. Bedingungen schaffen eben Mentalitäten. In Regierungsverantwortung finden nun auch die Grünen Gefallen daran, mit der Gießkanne durchs Land zu ziehen. Jetzt sollen auch Minister Krischers Verfügungsmittel erhöht werden, denn frei nach Wilhelm Busch gilt noch immer:

Ein Onkel, der Geld mitbringt, ist immer besser als eine Tante, die nur Klavier spielt.

(Beifall von der SPD)

Das Ehrenamt im Umwelt- und Naturschutz zu fördern, meine Damen und Herren, ist ja richtig. Allerdings darf das nicht dauerhaft am Parlament vorbei geschehen. Mit ihren Heimat-Schecks hat Ministerin Scharrenbach in der vergangenen Wahlperiode rund 150 Millionen Euro unters Volk gebracht, weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle und frei nach Belieben.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Manches Mitglied der Regierungsparteien in der vergangenen Wahlperiode weckten dabei vor Ort fast den Eindruck, als kämen die Beträge aus der Privatschatulle. Dabei handelte es sich aber um das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das muss in Zukunft deutlich klarer werden. Ich setze da große Hoffnung in Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, aber mehr noch von den Grünen.

Wichtig bei aller Beliebtheit von Heimat- und demnächst wohl auch Umwelt-Schecks ist es, dass Mildtätigkeit keine strukturellen Hilfen ersetzt. Da wollen Sie auch noch dran, mit einer Verdoppelung des Naturschutzetats. Auch hier muss noch einmal Licht ins Dunkel des Haushalts gebracht werden. Wohin fließt demnächst dieser Mega-Etat eigentlich genau, und wie gut ist das Geld angelegt? Das Urteil darüber obliegt nicht einem Minister allein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am vergangenen Samstag war ich auf einem Streuobstwiesenfest. Veranstaltet wurde es von einer Ortsgruppe des NABU, eine tolle Veranstaltung, deren Organisation komplett ehrenamtlich getragen wurde. Da funk-

tionieren die Strukturen, und ich vermute auch mal, dass durch Spenden und andere Einnahmen auch etwas für die Vereinskasse übriggeblieben ist. Das ist gut so, und damit lässt sich auch arbeiten.

Es mag sein, dass eben diese NABU-Ortsgruppe auch mal einen Umwelt-Scheck für ein bestimmtes Projekt oder für eine besondere Idee gut gebrauchen kann. Abhängig davon ist sie jedoch nicht. Noch viel nötiger finden wir es deshalb, all die Menschen zu aktivieren, die alleine nicht darauf kämen, sich für Umwelt- und Naturschutz zu engagieren, denn wir brauchen neben qualitativen Fortschritten auch große quantitative Sprünge.

(Beifall von der SPD – Bianca Winkelmann [CDU]: Genauso habe ich es angesprochen!)

Es dürfen nicht immer nur dieselben Menschen sein, die sich an zig Stellen engagieren. Dadurch fahren wir die begrenzte Zahl an Ehrenamtlern auch im Umweltbereich auf Verschleiß, und es droht irgendwann der Ehrenamtsburnout.

Wir wollen mit dem Umwelt-Scheck Menschen für Natur- und Artenschutz begeistern, die sich darüber derzeit noch keine Gedanken machen, weil sie Existenzsorgen haben oder dem Thema für sich keine Bedeutung bemessen. Sie scheuen vielleicht den Kontakt zu Naturschutzgruppen oder packen lieber an, statt vorher groß über das Für und Wider einer Aktion zu diskutieren. Ihnen geht es unter Umständen weniger um den theoretischen Nutzen eines Insektenhotels als vielmehr darum, etwas in der Gruppe zu erschaffen. Es braucht Projekte, die diese Zielgruppe zum Umweltschutz motiviert und anleitet,

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

denn das ist die große Mehrheit der Gesellschaft, die wir gewinnen müssen, um spürbare Effekte zu erzielen. Der Umwelt-Scheck kann aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion helfen, solche Ansätze zu fördern, indem das nötige Geld dafür bereitgestellt wird.

Ich muss mich etwas wundern, wenn ich gerade vom Kollegen Wille höre, dass das 2.000 Euro pro Scheck sein sollen. Im Antrag lese ich das gar nicht, aber wahrscheinlich ist der Scheck ja auch schon fertig erdacht, weil den schon Minister Krischer in seiner kleinen Regierungserklärung angekündigt hat.

Ich finde es ein bisschen schade, weil man eigentlich noch eine Runde durch den Ausschuss hätte drehen und dann genau besprechen können. Scheinbar funktioniert es aber. Plan ist in der Schublade. Hinweis an die Regierungsfractionen: Antrag gestellt. Dann bringen wir das mal eben durch.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Ein bisschen Kleinklein! – Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Das ist eine kleine Enttäuschung, gerade weil ich die Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, lieber

Norwich Rüste, in den vergangenen fünf Jahren anders kennengelernt habe. Sei es drum!

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, der den Punkt aufnimmt, verstärkt solche Projekte zu fördern, die zu einem ökologischen Engagement von Menschengruppen führen, die sich bislang nicht dem Umwelt- und Naturschutz widmen.

Wir bitten Sie herzlich, diesen Änderungsvorschlag anzunehmen. Der Einführung von Umwelt-Schecks, liebe Frau Winkelmann, stimmen wir zu und mahnen dabei eindringlich noch einmal zu mehr Transparenz und Ehrlichkeit bei der Vergabe der Schecks. – Glück auf und Gottes Segen!

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Jetzt hat der Kollege Brockes für die FDP das Wort.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen sind rund 6 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig. Sie engagieren sich freiwillig für das Gemeinwohl und bilden das Fundament für unsere Gemeinschaft, sei es in Feuerwehren, Sportvereinen, Schützenvereinen oder Naturschutzvereinen.

Gerade in den Bereichen Umwelt und Naturschutz engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Natur sowie der Artenvielfalt.

In der vergangenen Legislaturperiode konnten wir als Freie Demokraten gemeinsam mit der Union das Ehrenamt mit Hilfe von Heimat-Schecks unbürokratisch unterstützen. Nun möchte die schwarz-grüne Landesregierung mit Hilfe von Umwelt-Schecks das Gleiche für Projekte im Umwelt- und Naturschutz tun. Doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihr Antrag wirft dabei mehr Fragen auf als Antworten.

Ich zitiere aus Ihrem Antrag:

„Das Angebot soll dabei von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, der Nachbarschaft oder von Vereinen und Initiativen in Anspruch genommen werden können.“

Also, jeder Bürger kann dies nutzen.

Ich frage mich: An welche Kriterien ist dies gebunden? Was muss erfüllt sein, um einen Umwelt-Scheck zu erhalten? Reicht es, wenn ich mir in meinem Garten ein Insektenhotel bauen möchte? Kann ich mit diesem Umwelt-Scheck zum Beispiel auch mein Garagendach begrünen? Kann ich den Schottergarten vor meinem Haus damit umgestalten lassen? Sind das alles die Anliegen, die Sie hier fördern wollen? Dies ergibt sich jedenfalls aus der vagen Formulierung in Ihrem Antrag.

Genauso wie die Bürgerinnen und Bürger gehören natürlich auch unsere Landwirtinnen und Landwirte dazu. Können diese ebenfalls für ihre Maßnahmen neben den Stilllegungsprämien diese Unterstützung erhalten?

Worin unterscheidet sich der schwarz-grüne Umweltscheck von anderen Förderprogrammen?

All diesen Fragen, meine Damen und Herren, wird Ihr Antrag nicht gerecht. In diesem Antrag vermisse ich die Antworten.

Nein, er ist wirklich sehr willkürlich, er ist nicht klar, er hat keine hinreichenden Kriterien und keine Transparenz.

Hinweise zur Abgrenzung zu anderen Maßnahmen sind ebenso nicht zu finden. Damit laufen Sie Gefahr, Doppelförderungen auszubauen. Ich habe es eben schon bei der Landwirtschaft genannt.

Nehmen wir das andere Beispiel der landeseigenen Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Diese hat allein im vergangenen Jahr aus Landesmitteln über 80 Millionen Euro ausgegeben, um Projekte zu fördern. Können die Projekte, die Sie hier wählen, dann zukünftig beide Töpfe wählen und das eine sozusagen dann als Eigenmaßnahme mit hineinfließen lassen, um die Gesamtfinanzierung sicherzustellen?

Sie sehen, Ihr Antrag ist viel zu vage und wird dem eigentlichen Thema nicht gerecht.

Wir brauchen im Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen keine Landesregierung, die Bonbons verteilt. Die Menschen in unserem Land und unsere Umwelt brauchen einen systematischen Ansatz, der Maßnahmen effizient und effektiv unterstützt. Davon ist Ihre Initiative in diesem Antrag meilenweit entfernt.

Herr Kollege Schneider, nach Ihrer Rede, der ich in vielen Bereichen zustimmen kann, wundert mich dann doch Ihr Abstimmungsverhalten, weil das dem deutlich entgegen steht.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ihr Änderungsantrag macht auch diesen schlechten Antrag von CDU und Grünen nicht besser.

(Zurufe von Ralf Witzel [FDP] und Angela Freimuth [FDP])

Insofern werden wir sowohl den Änderungsantrag als auch den Antrag der Koalitionsfraktionen ablehnen. Er ist keine geeignete Entscheidungsgrundlage. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Zacharias Schalley.

(Beifall von der AfD)

**Zacharias Schalley (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Unser Land geht den Bach runter. Viele Bürger kämpfen mit den Folgen Ihrer Corona- und Sanktionspolitik. Zinspolitik, Inflation und Energiekosten tun ihr Übriges.

Die Lebensmittelpreise steigen, weil die Erzeugerpreise steigen, weil die Energiepreise steigen – genau die richtige Situation, um Wahlversprechen an die eigene Klientel umzusetzen, dachte man sich anscheinend in der Regierungskoalition.

Inmitten der größten Energiekrise in der jüngeren Geschichte unseres Landes sieht die schwarz-grüne Landesregierung eine Subventionsdringlichkeit für das Ehrenamt im Natur- und Umweltschutz – oder auf gut Deutsch: für grüne Vorfeldorganisationen.

Jetzt sei der richtige Zeitpunkt für das grüne Prestigeprojekt zur Einführung eines sogenannten Umwelt-Schecks. Ein Scheck – das sollte man wissen – ist ein Zahlungsmittel wie das Bargeld. Bei einem Scheck verspricht der Aussteller dem Empfänger einen Geldbetrag – zulasten des Kontos des Ausstellers, versteht sich.

Wenn wir das einmal auf das NRW-Leuchtturmprojekt übertragen, so möchte der grüne Umweltminister Krischer seiner grünen Klientel gerne Geldgeschenke auf Kosten der Allgemeinheit machen.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Viele Bürger fürchten ein böses Erwachen bei den Heizkosten, und es ist jetzt schon kalt draußen. Bundeswirtschaftsminister Habeck scheint das Glück nicht hold zu sein. Unser Volk wird in dieser hausgemachten Krise mit Almosen abgespeist – Almosen, die unser Volk selbst erwirtschaftet hat.

Wenn Sie in Ihren Anträgen von Klimarettung, Artenschutz und Naturschutz reden, sind das moralinsaure Phrasen, die verschleiern sollen, worauf es Ihnen tatsächlich ankommt: Ihren Parteigängern auf Volkes Kosten Geld in den Rachen zu werfen.

(Beifall von der AfD)

Darum ist die Intention dieses Antrags klar: ungenaue und unkonkrete Formulierungen, keine Angaben über die Höhe der Umwelt-Schecks, kein Gesamtvolumen des Förderprogramms, und die Vergabebedingungen sind inhaltlich beliebiger als die CDU.

Es scheint, dies alles soll möglichst schwammig formuliert werden, damit die Umwelt-Schecks als Blankoschecks für die grüne Kernklientel dienen. Da machen wir nicht mit.

(Beifall von der AfD)

Oder ist der Antrag vielleicht mit heißer Nadel gestrickt? – Stricken Sie lieber ein paar warme Socken;

denn die werden Sie in diesem Winter noch brauchen.

(Beifall von der AfD)

Auch die SPD hat die Problematik in ihrem Änderungsantrag erkannt. Wie soll ihr Abhilfe geschaffen werden? – Durch eine weitere schwammige Formulierung: „Manche Bevölkerungsgruppen ...“

Auch wenn eine Information an den Landtag über geförderte Projekte unterstützenswert ist, genügt uns das bei Weitem nicht, liebe SPD. Denn von welchen Summen sprechen wir? Die als Vorbild genutzten Heimat-Schecks der letzten Regierung wurden an 1.000 Ehrenamtler pro Jahr vergeben: je Scheck 2.000 Euro – pauschal, versteht sich.

Man könnte meinen, die Insektenhotels müssten von steigenden Energiekosten entlastet werden.

Der Umwelt-Scheck soll – Zitat – „aus bereiten Mitteln“ aufgelegt werden.

Wirklich jeder soll diese Geldgeschenke für Projekte im öffentlichen Raum erhalten. Zitat: „Dieses Förderinstrument soll [...] alle Maßnahmen fördern, die einen Beitrag [...] leisten“. Das ist praktisch alles.

Das Ganze soll dann auch noch – Zitat – „niedrigschwellig“ beantragt werden können.

Bei aller Sympathie für den ehrenamtlichen Naturschutz: Geldgeschenke zum Bau von Insektenhotels gehören nicht zu den hoheitlichen Aufgaben unseres Landes.

Und Gemüsebeete im öffentlichen Raum, wie Sie sie im Antragstext erwähnen, scheinen mir eine eher fragwürdige Möglichkeit zu sein, um angesichts steigender Lebensmittelpreise die Ernährungssicherheit zu stärken.

(Beifall von der AfD)

Die Städte und Gemeinden sind für den öffentlichen Raum verantwortlich. Und Sie stehen dort in kommunaler Verantwortung. Dort können Sie die Kitas bei kleinen Naturschutzprojekten auf kommunaler Ebene unterstützen. Am Geld für den Bau von Nistkästen dürfte es bei den Kommunen eigentlich nicht scheitern.

Kümmern Sie sich doch endlich einmal um den Ausbau von Kita- und OGS-Plätzen.

(Zuruf von der CDU: Alles schon passiert! –  
Zuruf von der AfD: Das merkt man!)

Sonst sind die Vogelkücken in den mit Umwelt-Schecks finanzierten Nistkästen besser betreut als unsere Kinder in den Kitas. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Minister Oliver Krischer das Wort.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Brockes, gerade habe ich vorgenommen, dass Sie Ihren Schottergarten begrünen lassen wollen. Darüber bin ich froh. Es gibt also wenigstens noch eine gewisse Perspektive für Umweltpolitik bei der FDP. Wenn das nicht schon einmal eine gute Nachricht ist!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Darum geht es hier und heute aber nicht. Es geht darum, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine wahnsinnig schöne und faszinierende Natur- und Artenvielfalt haben, nämlich mehr als 43.000 Arten. Etwa 45 % davon, also fast die Hälfte, ist aber bedroht und steht auf der Roten Liste. Deshalb haben wir nicht nur eine Klimakrise, sondern auch eine Biodiversitätskrise. Sie ist schlimm, weil rund 80 % der Lebensräume in einem ungünstigen Erhaltungszustand sind. Da müssen wir etwas tun. Das muss eine zentrale Aufgabe der Landesregierung sein.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Selbstverständlich ist es die Aufgabe des Staates, des Landes, aller Institutionen, dafür zu sorgen, dass die Biodiversitätskrise bekämpft wird.

Es kann und darf aber nicht allein die Aufgabe des Staates sein. Denn wir haben eine positive Geschichte. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 6 Millionen Menschen, die sich privat engagieren, die sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Diese Landesregierung will dieses Engagement auch in Bezug auf Natur-, Umwelt- und Artenschutz stärken. Deshalb schlagen wir Ihnen dieses Umwelt-Scheck-Verfahren vor. Ich bin den Koalitionsfraktionen ausgesprochen dankbar dafür, dass sie diese Initiative gestartet haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir wollen dadurch Impulse auslösen. In Richtung der SPD sage ich: Wir wollen gerade das Engagement der Menschen, die bisher vielleicht gar nicht so engagiert waren und nach Möglichkeiten gesucht haben, stärken. Das ist in diesem Antrag und dieser Initiative implizit angelegt. Deshalb glaube ich, dass das schon in die gemeinsame Richtung geht.

Wir wollen, dass die vielen guten Projekte, die überlegt, angedacht und schon erarbeitet werden, durch den Umwelt-Scheck tatsächlich umgesetzt werden.

Wir wollen ein unbürokratisches, einfaches Instrument schaffen, sodass die engagierten Menschen sich eben nicht lange mit Förderrichtlinien, komplexen Antragsverfahren usw. auseinandersetzen

müssen, damit wir gerade bei Menschen Engagement in der Praxis auslösen können, die das nicht professionell machen. Das ist die Botschaft.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Den Menschen, die das heute schon tun – es sind ganz viele, die sich in diesem Bereich ehrenamtlich engagieren und dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Biodiversitätskrise leisten –, möchte ich hier schon einmal ausdrücklich danken.

Wir wollen das auch entsprechend stärken. Die Landesregierung hat dafür in der Vergangenheit bereits Grundlagen geschaffen. Es gab zum Beispiel das Programm „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“. Im Rahmen dieses Programms wurden in Initiativen und Vereinen ehrenamtlich Tätige und Privatpersonen qualifiziert bei der Umsetzung ihrer Projekte beraten. Dieses Angebot wollen wir mit diesem Umwelt-Scheck entsprechend ergänzen.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich im Namen der Landesregierung, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag heute vorgelegt haben und dass er mit den entsprechenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden soll, sodass wir diese wichtige Maßnahme zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in unserem Lande starten können, weil wir damit einen wichtigen und entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Biodiversitätskrise und für den Natur- und Artenschutz in Nordrhein-Westfalen leisten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Minister Krischer. – Wir kommen somit zum Schluss der Aussprache und gehen zu den Abstimmungen über.

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/1062 ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit wurde der **Änderungsantrag Drucksache 18/1062** der Fraktion der SPD **abgelehnt**.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/963. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen direkte Abstimmung beantragt. Somit stimmen wir direkt über den Inhalt des Antrages ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD und der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/963** mit Mehrheit **angenommen** worden.

Wir kommen nun zu:

### 3 Unterstützung jetzt! Nordrhein-Westfalen darf Entlastungen nicht blockieren!

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/974

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der SPD hat der Kollege Alexander Vogt das Wort.

**Alexander Vogt (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Auftritt des Finanzministers zu TOP 1 macht das Problem dieser Landesregierung eigentlich klar. Der Finanzminister bezeichnet seine eigene Vorlage als ein nur erstes Zeichen – so ist das Zitat – der Landesregierung, um auf die Krisensituation zu reagieren.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist seit fast vier Monaten im Amt. Wir erleben seit Wochen und Monaten eine Krisensituation, die immer dramatischer wird. Was hat diese Landesregierung bisher gemacht, um Menschen und Unternehmen zu unterstützen? Nichts!

Man bekommt zunehmend den Eindruck, dass Sie die aktuelle Krisensituation gar nicht begriffen haben. Ist Ihnen eigentlich klar, dass es aktuell um Existenzen geht, nämlich um Existenzen von Familien, um Existenzen ganzer Unternehmen und um Existenzen all derjenigen Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen ihr Leben finanzieren sollen? Jeden Tag erreichen uns Hilferufe von Unternehmen und von Betriebsräten.

Weil die Situation so dramatisch ist, will die Bundesregierung schon mit dem dritten Entlastungspaket in Höhe von 65 Milliarden Euro unterstützen. Es soll eine Strompreisbremse für kleine und mittlere Unternehmen auf den Weg gebracht werden. Die Unterstützungsprogramme für Betriebe sollen ausgeweitet werden. Die Mehrwertsteuer auf Gas und auf Speisen in der Gastronomie soll gesenkt werden. Es soll ein Bürgergeld eingeführt werden. Zudem sollen kurzfristig zusätzliche Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger ausgezahlt werden. Des Weiteren sollen Familien mit einer Kindergelderhöhung und einem erhöhten Kinderzuschlag entlastet werden.

Wie reagiert diese Landesregierung aber auf diese Vorschläge der Bundesregierung? Sie reagiert zuerst einmal mit einer Blockadedrohung. Der Ministerpräsident trägt mit seinen Sprüchen gegen das Entlastungspaket der Bundesregierung parteipolitische Scharmützel auf dem Rücken der Menschen aus.

(Beifall von der SPD)